



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung

„Verfassungsauftrag Sozialstaat – Herausforderungen für Parteien, Unternehmen und Gewerkschaften“

Impulsstatement zu:

Soziale Verantwortung – Leitprinzip moderner Gesellschaften?

- I. **Systeme** [Konkurrenz der Kapitalismen]
- II. **Diskurse** [Weiterentwicklung des Kapitalismus]
- III. **Zukunft** [„Qualitätssicherung“ des Kapitalismus]

Berlin am 22.10.2008

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Systeme [Konkurrenz der Kapitalismen]

Anrede,

„Mehr Kapitalismus wagen“, so lautet der Titel eines neuen Buches. Ich habe es nicht gelesen. Gerne würde ich allerdings einen Band in die Hand nehmen, der nicht einfach mehr, sondern einen anderen Kapitalismus einfordert.

Aber der Reihe nach: Oskar Negt hat einmal sinngemäß formuliert, dass es eine Ironie der Geschichte sei, dass das Ende des „real existierenden Sozialismus“ dem ungebremsten Kapitalismus zum Durchbruch verholfen habe. Von der Konkurrenz der Systeme hin zur Konkurrenz der Kapitalismen.

Zwischen den 1950 und 1980er Jahren wurde die aktive Rolle des Staates bei der ökonomischen Steuerung akzeptiert, der Sozialstaat als Bestandteil der Demokratie gesehen und Regulierung durch starke Gewerkschaften und Unternehmerverbände als überlegenes Organisationsmodell der Wirtschaft wertgeschätzt.

Ein hohes Maß an sozialer Integration wurde so erreicht, gesellschaftlicher Aufstieg für viele ermöglicht. Noch 1986 sprach Ulrich Beck von einem „Fahrstuhleffekt“: Alle gesellschaftlichen Gruppen steigen langsam aber kontinuierlich auf, wenn auch nicht vom selben Stockwerk aus. Heute gilt eher: Wenige steigen auf, viele ab.

Anrede,

Was sind die Ursachen dafür? Das Ende der „disziplinierenden“ Systemkonkurrenz ist zu nennen, hinzu kommt der technologische Wandel, gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die Internationalisierung und – dies scheint mir von größter Bedeutung – eine schrittweise Selbstaufgabe der Politik.

Die nicht mehr Gestaltung als originäre Aufgabe ansah. Sondern ihr Heil in einem mehr oder weniger intelligenten Anpassungsmanagement an vermeintliche Imperative der Globalisierung suchte:

Die Ergebnisse dieser Politik sind erforscht und auch weitgehend unstrittig: Die soziale Spaltung wächst, Verunsicherung greift um sich, Abstiegsängste haben die Mittelschicht erreicht.

Jahrelang wurde uns immer wieder die eine Geschichte erzählt. Die Geschichte von den Heilskräften des Wettbewerbs, den Möglichkeiten des Marktes, der Ineffizienz staatlicher und verbandlicher Regulierung, den unerschöpflichen Chancen für den Einzelnen, aus Nichts Geld und aus sozialen Errungenschaften Kosten zu machen – um sie dann ganz schnell los zu werden.

Anrede,

diese Geschichte gehört in's Antiquariat. Und eine neue muss her.

Ich meine damit nicht die Abschaffung des Kapitalismus. Damit wäre der „Zuhörerkreis“ sehr beschränkt. Es geht um etwas anderes. Es gilt daran zu erinnern, dass es verschiedene gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungspfade gibt: den marktradikalen, in dem allein das Gesetz des Stärkeren gilt und der die Ungleichheit fördert. Es gibt aber auch einen anderen Pfad, der auf Ausgleich und Verteilungsgerechtigkeit, auf Bildung und Forschung, auf Innovation und Nachhaltigkeit setzt und der Mitbestimmungsrechte akzeptiert.

II. Diskurse [Weiterentwicklung des Kapitalismus]

Anrede,

die neue Geschichte muss von einer demokratisch und sozial regulierten Ökonomie und sozialintegrativen Gesellschaftsordnung handeln. Diese Geschichte gilt es nun auszuformulieren. Ich möchte dazu einige Anmerkungen machen.

Unerlässlich ist aus meiner Sicht, an einer sozialethischen Grundierung der neuen Ordnung zu arbeiten.

Wir haben bei der IG Metall einen solchen Diskurs angestoßen, nennen ihn „Wertedebatte“. Dieser Diskurs verfolgt das Ziel, die Alltagserfahrungen der Beschäftigten sowie die betrieblichen Themen mit unseren Werten Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität sowie Anerkennung, Würde und Respekt zu verbinden.

Es geht uns darum, Bedingungen zu formulieren für ein anständiges, ein gutes Leben für jeden und jede. Der Anspruch ist zugegebenermaßen nicht klein, aber ohne einen Kompass, wo der Weg hinführen soll, bleibt nur perspektivloses Zappeln.

Ich will dies an zwei Punkten veranschaulichen: (1) der Arbeitspolitik und (2) dem Bereich Bildung.

Wie wir arbeiten entscheidet ganz erheblich über die Lebensbedingungen und Lebenschancen der Menschen, über besseres oder weniger gutes Leben. Auch hier können unterschiedliche Wege beschritten werden: vielseitig und entwicklungsoffen oder einseitig und auszehrend.

In den letzten Jahren wurde die Frage nach der „Qualität“ von Arbeit“ immer stärker in den Hintergrund gedrängt.

„Cost-Cutting“ in Form von Absenkung der Lohnniveaus, Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsverdichtung gingen einher mit dem Versuch, die Systeme der Regulierung (Flächentarif, Mitbestimmung) zu diskreditieren, für einen Systemwechsel zu werben bzw. ihn durch Austritt oder Nichteintritt in die Arbeitgeberverbände zu vollziehen.

Ein Systemwechsel, der die Erfolge der Arbeiterbewegung insofern rückabwickeln soll, als dass wieder der „Herr im Haus Standpunkt“ Einzug erhält. Unsere Werte – Gerechtigkeit, Würde, Respekt – sind bei diesem Weg nicht vorgesehen, sondern unnötige Kostentreiber im entfesselten Finanzmarktkapitalismus.

Dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, sie umzukehren, ist eine der zentralen gewerkschaftlichen Herausforderungen mit kaum zu überschätzender gesellschaftlicher Relevanz.

Wir müssen klären,

- wie unter den gegebenen Bedingungen eine erfolgreiche Strategie der Revitalisierung der Arbeitspolitik aussieht?
- wie die betriebliche Gestaltung von Arbeitsbedingungen stärker ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt werden kann?
- wie Arbeitspolitik – in ihrer Wechselwirkung mit anderen Politikfeldern, wie etwa der Berufsbildung, der Beschäftigungs- und Strukturpolitik, der Tarifpolitik, dem Arbeits- und Gesundheitsschutz – zu einem wirkungsvollen integrierten betriebspolitischen Gesamtkonzept weiterentwickelt werden kann?

Letztlich geht es darum, dem Wettlauf um die geringsten Kosten eine Alternative entgegenzusetzen, die eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität zum Kernmerkmal erhebt und gerade deshalb auch dem Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit entspricht. Besser statt billiger.

Dabei versteht es sich von selbst, dass dies vor allem auch beinhaltet, den Rat der Menschen selber einzuholen, ihre Expertise zu nutzen und Sorge dafür zu tragen, dass ihrer Stimme Gehör verschafft wird. Mehr Mitbestimmung wagen, wäre ein treffender Titel für dieses wichtige Kapitel der neuen Geschichte.

Nun zu meinem zweiten Beispiel:

Bildung hat eine zentrale Bedeutung für die Teilhabe am guten Leben. Zunächst einmal hinsichtlich der beruflichen sowie persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen. Die Bedeutung reicht aber darüber hinaus. Bildung ist gleichermaßen Voraussetzung für den Erhalt wirtschaftlicher Prosperität und sichert bzw. ermöglicht demokratische Willensbildung und die Beteiligung daran.

Unser Bildungswesen ist in einem schlechten Zustand.

Es ist heute weniger Mittel zu Überwindung von Ungleichheit, sondern trägt im Gegenteil zu deren Verschärfung bei. Es ist – um es beim Namen zu nennen – ein gesellschaftlicher Skandal,

- dass aus den unteren sozialen Schichten nur 11 Prozent, aus den oberen aber über 80 Prozent das Abitur machen,
- dass das duale Bildungssystem durch mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ausgehöhlt wurde (Altbewerber und Hauptschüler haben immer noch Probleme, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden) und die berufliche Weiterbildung für weniger gut Qualifizierte nur – so überhaupt – in Zeiten der Arbeitslosigkeit stattfindet.

Über das Bildungswesen – siehe Bildungsgipfel – ist eine breite gesellschaftliche Debatte entbrannt. Wir müssen dafür sorgen, dass grundlegende Werte – Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Anerkennung und Würde – Eingang in diese Debatte erhalten, besser noch Richtschnur für konkrete Reformvorschläge werden.

Ein Bildungssystem, welches allein durch Ausschlussmechanismen die Eliten reproduziert, ist ökonomisch unsinnig, sozial zutiefst ungerecht und letztlich eine ernste Bedrohung für die Demokratie.

Anrede,

der Weg zu einer sozial und demokratisch regulierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt über viele Wege.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex ist die Weiterentwicklung des Sozialstaates. Bei aller berechtigten Kritik an den Einschnitten der letzten Jahre ist man zunächst geneigt, den Zustand „davor“ für gut zu halten. Ich bin mir aber keineswegs sicher, ob allein ein Blick in die Vergangenheit schon die Richtung für die Zukunft weist.

Einiges deutet darauf hin, dass die „klassischen“ sozialen Fragen nicht zufriedenstellend, neue Problemkonstellationen hingegen so gut wie gar nicht bearbeitet werden.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbrüche – die Stichworte sind bekannt: steigende Frauenerwerbstätigkeit, neues Familienbild, Marginalisierung von Personen mit Migrationshintergrund, unterbrochene Arbeitsbiographien oder die Expansion des Niedriglohnssektors – machen deutlich, dass Reformbedarf in nahezu allen sozialstaatlichen Institutionen besteht.

Dass die Gesamtarchitektur des Systems auf Annahmen basiert, die wir nicht länger voraussetzen können.

Auch hier stehen am Anfang noch viele Fragen, z.B. wenn es um das grundlegende Verhältnis von Steuer- zu Abgabenfinanzierung, Status- zu Mindestsicherung, Vorsorge zu Nachsorge und Geldleistungen zu Soziale Dienstleistungen geht. Aber auch hier kann der Bezug auf grundlegende Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Würde den Weg weisen.

III. Zukunft [„Qualitätssicherung“ des Kapitalismus]

Anrede,

ich bin der festen Überzeugung, dass die „neue Geschichte“ nur dann einen großen Zuhörerkerkreis findet, wenn wir den Menschen nicht einfach etwas vorlesen.

Gesine Schwan hat vor kurzem in einem Interview darauf hingewiesen, dass die Menschen am ehesten dazu bereit sind, sich mit einer Sache zu identifizieren, wenn sie sich selber tätig eingebracht haben.

Diese Einschätzung teile ich. Dazu müssen die Leute befähigt werden, was ökonomische Teilhabe voraussetzt. Aber dort nicht stehen bleibt. Wir brauchen eine lebendige Demokratie, die sich auf einen beteiligungsorientierten, stetigen Suchprozess begibt.

Um Missverständnissen vorzubeugen. Die harmonische Gesellschaft ist Teil der chinesischen Regierungspropaganda. Notwendig sind vielmehr offene Diskussionen und ein Ringen um gute Lösungen.

Als Gewerkschaft müssen wir dafür Sorge tragen, dass eine zentrale Arena der Auseinandersetzung, die Mitbestimmung, nicht auf dem Scheiterhaufen der Geschichte landet, sondern im Gegenteil in der neuen Geschichte eine herausragende Stellung einnimmt.

Weil Mitbestimmung und Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind. Weil eine Gesellschaft nicht nur aus Investoren und Konsumenten besteht, sondern auch aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und aus Staatsbürgern. Die ein Recht darauf haben Einfluss darauf zu nehmen, wie sie arbeiten und leben wollen.

Die mehr verdient haben, als unzureichende Antworten auf Probleme, die schon im Entstehungsprozess hätten vermieden werden können und müssen.

Wir wollen, um das Bild noch einmal zu bemühen, unsere eigene Geschichte schreiben. Die um so besser wird, je mehr sich daran beteiligen.

Danke.